AUGUST'22/NR.3

GREENFO



MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- DOSSIER ZUR KLIMAFONDS-INITIATIVE 6 7
- > ALLES ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 25. SEPTEMBER 8 10
- > REGULA RYTZ WECHSELT DIE BÜHNE 5



Edito Aktuell



GEMEINSAM IM 2023 GESCHICHTE SCHREIBEN

Die Wahlen 2019 waren ein historischer Mowirtschaft konnten wir wichtige Meilensteine ment für uns GRÜNE: Wir avancierten zur viertstärksten Kraft im Nationalrat Fin politisches Erdbeben für die Schweiz und ein Sieg, der sinnbildlich für den gesellschaftlichen Aufalstrafrechts. bruch steht. Überall sehnen sich die Menschen nach Veränderung: Me Too, Black Lives Matter. Doch wir waren stets mit starkem Gegenwind Fridays For Future... Wir GRÜNE tragen diesen

In den vergangenen drei Jahren haben wir GRÜNE im Parlament alles darangesetzt, konstruktive Allianzen zu schmieden und aus einer Minderheitenposition hinaus Mehrheiten zu schaffen. Beim Klimaschutz, beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kreislauf-

Wandel in die Politik. Und wir machen Druck

auf die Verfechter der alten Welt, die sich ihm

erreichen. Und auch in Sachen Gleichstellung hahen wir zentrale Fortschritte erzielt etwa mit der Ehe für alle oder der Revision des Sexu-

konfrontiert. Die konservative Mehrheit hat seit den Wahlen 2019 alles darangesetzt, weitergehende Schritte in Richtung ökologische Wende zu blockieren und so ihre Privilegien zu erhalten. Sie hat den Ausstieg aus den fossilen Technologien - Stichwort Verbrennungsmotor verschleppt, unsere Abhängigkeit von Gas und Öl zementiert, mehr Konzernverantwortung verhindert und sowohl den Elternurlaub als auch wirksame Massnahmen gegen die Lohnungleichheit versenkt.

▲ vrn l·Lisa Mazzone (Ständerätin GE) leitet den Wahlkampf 2023 der GRÜNEN zusammen mit Balthasar Glättli (Präsident) und Florian Irminger (Generalsekretär)

Wir GRÜNE müssen den konservativen, blockierenden Kräften jetzt einen Riegel schieben - indem wir mit einem starken Resultat bei den Wahlen 2023 bekräftigen: Wir wollen die ökologische Wende. Und wir wollen sie jetzt. Als Mitglied der Wahlkampfleitung – neben Balthasar Glättli und Florian Irminger - freue ich mich, diese Wahlen gemeinsam mit euch in Angriff zu nehmen. Sie sind ein Wendepunkt für eine ökologischere und gerechtere Welt. Auf geht's!

Lisa Mazzone Ständerätin GE Mitglied Wahlkampfleitung 2023

Impressum

hartnäckig verweigern.

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz Waisenhausplatz 21, 3011 Bern 031 326 66 00 www.gruene.ch – gruene@gruene.ch Auflage: 7300 Exemplare Redaktion: Fabienne Engler, Marjorie Spart, Natalina Töndury Übersetzung: Fabienne Engler, Natalina Töndury Layout: Tom Wahli Druck: Bubenberg Druck Fotos/Grafiken: Susanne Gafner (p.1); Ben Zumbühl (S. 2, 5); Monika Flückiger (S. 4); Adrienne Barman (S. 8); Béatrice Devènes (Portraits S. 8, 9, 10, 11); Greg Clément (S. 11); Delphine Schacher (S 12); màd (S. 5, 9, 11) Erscheint vierteljährlich Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen) Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

40 JAHRE ENGAGEMENT FÜR KLIMA, UMWELT UND EINE SOLIDARISCHE SCHWEIZ – DAS WOLLEN WIR FEIERN!

um wollen wir ausgiebig zelebrieren. Markieren Sie sich den Pfingstsamstag, 27. Mai 2023 am besten jetzt schon **fett** in Ihrem Kalender!

GRÜNE PAROLEN ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 25. SEPTEMBER

JA JA zur Massentierhaltungsinitiative

NEIN NEIN zur AHV 21: Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und

NEIN NEIN zur AHV 21: Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung

NEIN NEIN zur Abschaffung der Verrechnungssteuer

FÜR EINE NEUE INTERNATIONALE FRIEDENSPOLITIK

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Schweiz ihre internationale Friedenspolitik neu denkt. Die weltweite Förderung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie muss im Zentrum stehen – unter Berücksichtigung des Kontexts Klimakrise.

Der Angriffskrieg von Putins Regime gegen die Ukraine fällt in eine Zeit, die von Delegiertenversammlung vom 20. Auder Klimakrise, vom Kampf um Rohstoffe und von geopolitischen Spannungen geprägt ist. Die auf dem Völkerrecht basierende internationale Ordnung. die gerade für kleine Staaten wie die Schweiz so wichtig ist, scheint fragil wie schon lange nicht mehr.

Die GRÜNEN plädieren in einer an ihrer gust verabschiedeten Resolution dafür, dass die Schweiz ihre internationale Friedens- und Sicherheitspolitik strategisch neu ausrichtet. Deren Ziel muss es sein, weltweit Lebensgrundlagen und bedingungen zu sichern, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen.



Marionna Schlatter Nationalrätin ZH

Für uns GRÜNE muss die Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik auf folgenden Pfeilern stehen:

Förderung der Menschenrechte:

Wir wollen die Menschen in ihren Rechten und Freiheiten genauso wie in ihrer persönlichen Sicherheit stärken. Die Richtschnur dafür sind die umfassenden Menschenrechte, also sowohl bürgerliche und politische wie auch wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte.

Förderung der Demokratie:

Wir setzen uns resolut für eine internationale Politik ein, welche global die Voraussetzungen schafft für eine geschlechtergerechte, vielfältige Gesellschaft mit einer starken liberalen Demokratie, einer aktiven Zivilgesellschaft und Medienfreiheit. Dies ist die wirksamste Prävention gegen autokratische Regime.

Europäische Zusammenarbeit:

Der Platz der Schweiz liegt in der Wertegemeinschaft Europas. Unser Land muss deshalb die stabilen Beziehungen in Europa stärken, beispielsweise zur EU und zur OSZE.



Klima-Aussenpolitik:

Die Klimakrise verschärft die Spannungen und multipliziert die Konfliktrisiken – insbesondere in Regionen, die durch Armut und schwache staatliche Strukturen geprägt sind. Eine vorbildliche «Klima-Aussenpolitik» orientiert sich an den dadurch verschärften Unsicherheiten.

Engagement in der Weltgemeinschaft:

Die Schweiz soll ihr friedenspolitisches Engagement durch ihre zweijährige Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat neu lancieren - und dabei die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der Klimakrise ins Zentrum stellen.

Förderung der Rechtsstaatlichkeit:

Wir wollen eine Schweiz, die sich für die Lösung von Konflikten einsetzt, bevor sie zu Kriegen werden. Zentral ist dabei eine Stärkung des internationalen Rechtsrahmens (Menschenrechte, Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit).

Feministische Aussenpolitik:

Das Engagement von Frauen in der Lösung von Konflikten ist essenziell: Die Mitarbeit von Frauen in konflikt- und kriegsbezogenen Verhandlungen führt eher zu friedlichen Lösungen. Zudem: In militarisierten Gesellschaften nimmt Gewalt (insbesondere gegen Frauen) zu und traditionelle, einengende Rollenbilder verstärken sich.

GREENFO 03/2022 **GREENFO** 03/2022



Die Grüne Fraktion in Bundesbern darf sich dieses Jahr über gleich zwei neue Gesichter freuen. Im März rückte Raphaël Mahaim (VD) für den zurückgetretenen Daniel Brélaz nach, im Mai folgte Natalie Imboden (BE) auf Regula Rytz. Greenfo hat mit den Bundeshaus-Neuankömmlingen über ihre ersten Eindrücke gesprochen.

Wie hast du deinen Start im Nationalrat erlebt?

mit vielen Emotionen verbunden. Gleichzeitig war die Arbeitslast von Anfang an gross. Ich bin ja nicht der Würde des Amtes wegen in Bern, sondern um der politischen Ökologie Schub zu verleihen. Wir müssen die Klimakrise endlich stoppen! Gleichzeitig lerne ich jeden Tag dazu, zum Beispiel über die vielschichtige Funktionsweise unserer Institutionen...

RM: Sehr intensiv. Der Einzug in den Nationalrat war für mich NI: Ich wurde sehr freundschaftlich empfangen und bin beeindruckt von der Kompetenz unserer 35 köpfigen Fraktion. Politisch war meine erste Session von einem grünen Erfolg geprägt: Der Nationalrat hat sich für einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative ausgesprochen - mit einem verbindlichen Absenkpfad, Netto-Null bis 2050 für Unternehmen, gekoppelt mit Technologieförderung, Vorbildfunktion für die öffentliche Hand und jährlich 200 Millionen Franken für den Ersatz von fossilen Heizungen.

Was hat dich überrascht?

RM: Die Trägheit! Ich weiss jetzt, wieso ambitionierte Projekte wie die ökologische Wende nur so schleppend vorankommen. Einerseits sind die institutionellen Prozesse selbst reicht. Da ist das Berner Kantonsparlament bereits digitaler schwerfällig, das Hin und Her zwischen den beiden Kammern... Andererseits bremst die Mehrheit, die sich in sozialen und klimapolitischen Fragen sehr konservativ zeigt.

NI: Bei der Digitalisierung besteht im Bundeshaus noch Luft nach oben. Wortmeldungen werden noch per Zetteli eingeunterwegs.

Was schätzt du an der Bundespolitik im Vergleich zur Politik auf kantonaler Ebene?

RM: In Bundesbern wird die gesamte Vielfalt unseres Landes sichtbar: Regionen, Sprachen, Herkunft, Religionen... Die Schweiz lebt von dieser Vielfalt – es ist ihre Stärke. Wer uns etwas anderes glaubhaft machen und an der allein auf sich selbst bezogenen Schweiz festhalten will, der irrt sich gewaltig.

NI: Der Handlungsrahmen ist grösser. Das heisst auch: Wir können und müssen handeln. Gegen steigende Kosten bei Mieten und Krankenkassen. Gegen den Prämienschock im Herbst fordern wir eine ausserordentliche Aufstockung der Prämienverbilligungen für 2023. Beim Nebenkostenschock für die Mieter*innen aufgrund steigender Öl- und Gaspreise setzen wir uns für soziale Abfederungen ein.

Welches Thema liegt dir besonders am Herzen?

RM: Da gibt es natürlich viele. Aber wenn ich mich für ein einziges Thema entscheiden muss, dann für die Klimagerechtigkeit. Die Klimagerechtigkeit ist die Aufgabe des Jahrhunderts: Wir müssen Klima und Biodiversität schützen – und dabei garantieren, dass niemand auf der Strecke bleibt.

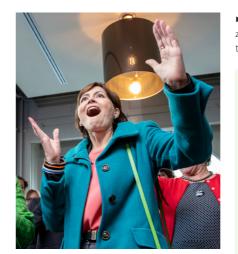
NI: Höhere Frauenlöhne. Im Bereich Lohngleichheit gibt es Entwicklungen auf EU-Ebene, die für die Schweiz Vorbild sein können. Wichtig ist mir die Unterstützung von Ausund Weiterbildungen für Frauen im Niedriglohnbereich. Solange Frauen weniger verdienen als Männer, sind sie im Hintertreffen, auch später im Alter. Das muss sich ändern!



Regula Rytz wechselt die Bühne – von der nationalen Politik in die Entwicklungszusammenarbeit. Am 24. Juni hat sie das Präsidium von Helvetas übernommen. Für die GRÜNEN engagiert sie sich weiterhin, unter anderem in ihrer Funktion als Delegierte bei den Europäischen Grünen.

Keine Persönlichkeit hat die GRÜNEN Schweiz in den letzten zehn Jahren so stark geprägt wie die Berner Nationalrätin und langzeitige Parteipräsidentin. Unvergessen: Regula Rytz, wie sie am Tag nach den Wahlen 2019 von den Titelseiten strahlt. Was für ein Wahlsieg! Die GRÜNEN konnten ihren Wähleranteil fast verdoppeln und haben die Grösse einer Bunderatspartei erreicht. Regula Rytz trug massgebend zu diesem historischen Erfolg bei.

«Unser Erfolg war unter anderem der starken Klima- und Frauenbewegung zu verdanken, die eng mit den GRÜNEN verknüpft ist. In erster Linie war er aber das Resultat von harter Arbeit», meint Regula Rytz heute dazu. In der Tat, als Adèle Thorens und Regula Rytz 2012 das Präsidium der GRÜNEN



▲ Regula Rytz als strahlende Wahlsiegerin anlässlich der nationalen Wahlen 2019.



▲ Während ihren 8 Jahren als Präsidentin leitete Regula Rytz zahlreiche Delegiertenversammlungen

übernahmen, steckten diese noch in der Krise. «Acht Jahre lang haben wir die Partei zusammengeschweisst, professionalisiert und kampagnenfähig gemacht», so Rytz. «Und nun sind unsere Themen von der Nische in die Breite der Gesellschaft gerückt.» Dennoch müssen auch heute auf politischer Ebene noch einige

▶ Maya Graf, Balthasar Glättli und Regula Rytz zusammen mit der frischgewählten grünen Nationalratspräsidentin Irène Kälin.

Blockaden überwunden werden: «Wir müssen beim Klima- und Umweltschutz viel schneller vorwärtskommen, die Zeit läuft uns davon. Und die Mitte-Rechts-Parteien neigen trotz schöner Worte dazu, dringende Reformen zu verzögern und zu verwässern.» Auch in der Europapolitik kommt die Schweiz schon seit Jahren nicht vom Fleck. Regula Rytz wird nun in ihrer Rolle als Delegierte bei den Europäischen GRÜNEN dazu beitragen, dass dieser Stillstand endlich beendet wird.



«Die besondere Gabe, Menschen zu gewinnen»

Laudatio von Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, anlässlich der Delegiertenversammlung vom 20. August.

Ich war 2019 auf einer Wahlkampfveranstaltung in der Schweiz. Die Spitzenkandidatin war Regula Rytz. Die Ansprache, die Regula in den Saal hineingehalten hatte, war eine Ansprache des «Wir alle für unser Land». Allerdings nicht wir alle – und die anderen nicht. Sondern einladend. Du hast die besondere Gabe, Menschen zu gewinnen. Eine Politik zu formulieren, die zum Mitmachen einlädt – und nicht mit dem moralischen Zeigefinger Menschen abschreckt. Die gleichen Inhalte, anders dargestellt, werden zu anderen Inhalten. Ich war Zeuge und habe gesehen, wie die GRÜNEN in der Schweiz unter dir aufgeblüht sind, den grössten Erfolg der Wahlen erzielt haben. Und es hat mich stolz gemacht dir bei der politischen Arbeit zuzugucken. Danach sind wir Freunde geblieben – und das ist ein Wort, das ich nicht ganz häufig verwende.

GREENFO 03/2022 **GREENFO** 03/2022

UND MIT DIESEN ARGUMENTEN KÖNNEN SIE BEI

DER UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG PUNKTEN:

Im September geht es endlich los mit der Unterschriftensammlung für die Klimafonds-Initiative der GRÜNEN und der SP. Die Klemmbrettchen und Unterschriftenbogen sind bereit – die Vorfreude auf die vielen Begegnungen auf der Strasse steigt. Mit der Klimafonds-Initiative durchbrechen wir GRÜNE die bürgerliche Blockadepolitik und räumen dem Schutz von Klima und Biodiversität endlich den nötigen Stellenwert ein.

DIE KLIMAFONDS-INITIATIVE IST...

KONSEQUENT

• Konsequent: Adjektiv, (in Bezug auf

te Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität voran, indem sie einen staatli-Initiative ermöglicht die ökologische Wende in der Schweiz.

Klimafonds-Initiative anerkennt, dass die Klima- und Biodiversitätskrise eng zusammenhängen und gemeinsam gelöst werden müssen.

SOLIDARISCH

• Solidarität, die: Substantiv, feminin, (besonders in der Arbeiterbewegung) auf das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Eintreten füreinander sich gründende Unterstützung. (Duden)

Die Klimafonds-Initiative macht den Schutz von Klima und Biodiversität zur öffentlichen Aufgabe. Denn Klima und Biodiversität sind fürs Wohlergehen unserer Gesellschaft ebenso zentral wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung. Sie dürfen nicht auf die Einzelperson abgewälzt werden, sondern müssen **sozial gerecht finanziert** werden. Es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand hier ihre Verantwortung wahrnimmt. Mit der Anerkennung des Schutzes von Klima und Biodiversität als öffentliche Aufgabe garantieren wir nicht zuletzt, dass genügend Mittel für diese Jahrhundert-Herausforderungen zur Verfügung gestellt werden.

konsequente Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität zur Verfügung stellt. Konkret sieht die Initiative vor, dass der Bund jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des BIP, also 3,5 bis 7 Milliarden Franken in die ökologische Wende investiert. Mit dem Klimafonds können Projekte des Bundes, der Kantone und der Gemeinden – aber auch von Dritten – unterstützt werden. Er vergibt Kredite, Garantien und Bürgschaften.

DARUM BRAUCHT ES DIE KLIMAFONDS-INITIATIVE!

ZUKUNFTSWEISEND

Zukunft, die: Substantiv, feminin, Zeit, erst kommende oder künftige Zeit (und das in

Die Klimafonds-Initiative macht die Schweiz zur

MMENSTEHEN Vorreiterin für den Schutz von Klima und Biodiversität. Indem

BEFREIEND

Befreiung, die: Substantiv, feminin, das Freiwerden, Befreitwerden von

Die Klimafonds-Initiative befreit uns aus der fossilen Energieabhängigkeit und stärkt die Versorgungssicherheit in der Schweiz. Indem die Klimafonds-Initiative

VERANTWORTUNGSVOLL

FÜRSKLIMA

• Verantwortung, die: Substantiv, [mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten

Die Klimafonds-Initiative stärkt die weltweite Klimagerechtigkeit. Die Klimakrise bedroht als





WEG VOM LEID MIT SYSTEM

27'000 Masthühner in einem Betrieb. Eine A4-Seite Platz für jedes Tier. Nicht einen Tag unter freiem Himmel. Auch das angeblich «beste Tierschutzgesetz der Welt» vermag nicht über die Realität der industriellen Tierproduktion hinwegzutäuschen. Die Schweizer Landwirtschaft braucht einen Systemwechsel.





Nicht erst seit dem Aus der zwei Agrarinitiativen im Juni 2021 ist klar: Die Schweizer Landwirtschaftspolitik ist blockiert. Dringende Weichenstellungen werden auf die lange Bank geschoben, während gleichzeitig immer mehr Naturflächen mit Masthallen und Ställen zugebaut, Böden verdichtet und Lebensräume vernichtet werden.

Seit der Jahrtausendwende ist der Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere in der Schweiz um beinahe die Hälfte gestiegen. Fast 80 Millionen Tiere wurden 2020 zur Fleischgewinnung getötet. Gleichzeitig ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe von rund 70'000 auf weniger als 55'000 zurückgegangen. Ergo werden heute pro Betrieb erheblich mehr Tiere gehalten.

Für eine ressourcenschonende und tierfreundliche Produktion

Diese Entwicklung ist fatal fürs Tierwohl und steht dem Ziel einer

bodenbewirtschaftenden Schweizer Landwirtschaft diametral entgegen. Heute werden grosse Tiergruppen auf engstem Raum zusammengepfercht. Regelmässiger Auslauf und eine angemessene tiermedizinische Versorgung können mit dieser Haltungsform nicht gewährleistet werden.

Hier setzt die Initiative gegen Massentierhaltung an: Sie weist den Weg hin zu einer standortangepassten Schweizer Landwirtschaft, die für eine ressourcenschonende und tierfreundliche Produktion steht. Konkret fordert die Initiative eine tierfreundliche Unterbringung, den Zugang ins Freie, eine schonende Schlachtung und kleinere Gruppengrössen pro Stall. Schweizer Bäuer*innen sollen gegenüber dem Ausland nicht benachteiligt werden. Deshalb fordert die Initiative auch eine Importregulierung. Diese ist WTO-konform, wenn die importierten Produkte der «öffentlichen Moral» eines Landes widersprechen. Eine Annahme der Volksinitiative würde

klar belegen, dass diese Bedingung erfüllt ist.

Breit abgestütztes Anliegen

Das gegenseitige Verständnis von Konsumierenden und Produzierenden und die Weiterentwicklung der

festgefahrenen Landwirtschaftspolitik sind für die GRÜNEN als Brückenbauer*innen unabdingbar. Mit der Kleinbauern-Vereinigung, Demeter, KAG Freiland und Bio Suisse dürfen wir auf die Unterstützung wichtiger bäuerlicher Verbände zählen. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen für den gemeinsamen Weg in Richtung einer möglichst tiergerechten, standortangepassten und ökologisch nachhaltigen Schweizer Landwirtschaft.



Meret Schneider Nationalrätin ZH Mitinitiantin Initiative gegen Massentierhaltung zu, unbezahlte Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit wird noch immer überwiegend von Frauen geleistet und jede sechste pensionierte Frau lebt in

Die Lohnungleichheit nimmt wieder

zu einer längeren Erwerbsarbeitszeit für alle.

Armut. Im Schnitt ist die Altersrente der Frauen um einen Drittel tiefer als die der Männer. Zudem: Würden wir heute die Lohngleichheit umsetzen, flössen jährlich 825 Millionen Franken in die AHV und wir müssten gar nicht erst über eine zusätzliche Finanzierung diskutieren! Trotz dieser Diskriminierung und wider die Forderung des Frauen*streiks nach einer Erhöhung der Renten, präsentierte die bürgerliche Mehrheit im Parlament eine Abbauvorlage auf dem Buckel der Frauen. AHV 21 bedeutet für jede Frau, von Paaren ganz zu schweigen, einen Einkommensverlust von rund 26'000 Franken. Das lehnen die GRÜNEN

Keine Verlängerung der Erwerbsarbeitszeit

entschieden ab.

Wenn wir akzeptieren, dass die Erhöhung der Lebenserwartung zwangsläufig mit einer Erhöhung des Rentenalters für Frauen einhergehen muss, haben wir schlechte Karten, gegen ein Rentenalter von 67 und später von 70 zu kämpfen. Die bürgerliche Mehrheit ist aber bereit, uns dies aufzuzwingen! Während Erwerbslose ab 55 grosse Mühe haben,

wieder eine Arbeit zu finden, will uns die Mehrheit im Parlament mit weiteren Reformen länger arbeiten lassen und die Solidarrente abbauen. Dafür setzt sie auf den Ausbau des privaten Sparens in der Dritten Säule, von der nur die 10 reichsten Prozent der Bevölkerung profitieren. Wir GRÜNE dagegen setzen auf die Stärkung der solidarischen, fair finanzierten und stabilen AHV!

Mit der AHV 21 werden die Renten der Frauen in den nächsten 10 Jahren um 7 Milliarden Franken gekürzt. Dies, obwohl sie bereits heute um einen Drittel tiefere Renten erhalten und noch immer den Grossteil der Care-Arbeit übernehmen. Das ist inakzeptabel. Zudem ist die AHV 21 ein erster Schritt hin



Die Lebenserwartung in guter Gesundheit beträgt in der Schweiz sowohl bei Frauen wie bei Männern gerade einmal 68 Jahre und variiert stark, je nach ökonomischer Situation. Die Lebensqualität im Ruhestand sollte deshalb auschlaggebendes Kriterium sein für die Bestimmung des Rentenalters – und nicht der Zeitpunkt des Todes. Damit es allen Menschen vergönnt ist, nach der Pensionierung noch einige Jahre gesund leben zu können. Wir GRÜNE plädieren generell für eine Verkürzung der Lebenserwerbsarbeit: Nur so kann der Betreuungs- und Erziehungsarbeit genügend Zeit eingeräumt und die notwendige Transformation für die Klimawende umgesetzt werden.

Angesichts der sinkenden Pensionskassenrenten, der steigenden Krankenkassenprämien und Mieten und der bescheidenen durchschnittlichen Altersrente von rund Fr. 3'600 pro Monat, die viele nicht erreichen, muss die Rentenhöhe gleichzeitig nach oben korrigiert werden. All das lässt sich auf sozialem Weg erreichen - beispielsweise, indem ein Teil der immensen Nationalbankgewinne an die AHV ausgeschüttet werden. Die AHV-21-Vorlage geht in die entgegengesetzte Richtung. Deshalb ein klares Nein!



Katharina Prelicz-Huber Nationalrätin ZH

Mehr Lebensqualität!

GREENFO 03/2022

DUBIOSE STEUERPRIVILEGIEN NEIN DANKE!

Die Verrechnungssteuer ist eine Sicherungssteuer: Sie stellt sicher, dass Vermögenswerte der Steuerbehörde angegeben und nicht hinterzogen werden – und wird zurückerstattet, wenn das Vermögen korrekt deklariert wird. Nun soll sie teilweise abgeschafft werden – dazu sagen wir GRÜNE entschieden nein.

Bundesrat Maurer will die Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen abschaffen. Damit sollen Grossunternehmen begünstigt werden, wenn sie Geld am Fremdkapitalmarkt aufnehmen. Gleichzeitig wird so die Steuerkriminalität gefördert – und zwar explizit bei Grossanleger*innen. Für alle anderen bleibt die Verrechnungssteuer bestehen.

KMU gehen leer aus

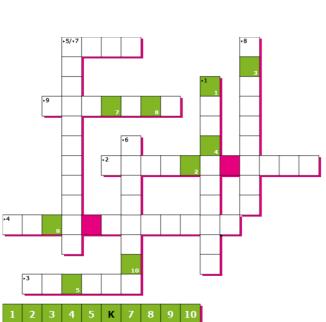
Profitieren werden gerade einmal 200 Konzerne. Alle anderen 699'800 KMU haben nichts davon, denn sie finanzieren sich nicht am Fremdkapitalmarkt. Diese Sonderbehandlung für 0,03 Prozent der Unternehmen kostet aber mindestens 200 Millionen Franken pro Jahr. Eine Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen. Wir alle werden also bezahlen, mit höheren Abgaben oder einem Abbau von Leistungen.
Mit einem Nein am 25. September können wir diese unnötigen Steuerprivilegien für Grosskonzerne und dubiose Anleger*innen verhindern.



Franziska Ryser Nationalrätin ZH FranziskaRyser

TESTEN SIE IHR WISSEN!

Haben Sie das Greenfo genau gelesen? Dann machen Sie mit und gewinnen Sie einen Gutschein von CHF 100 für den Alpen-Shop!



Mit Drodukton aus dem Alpen

Mit Produkten aus dem Alpen-Shop der Alpen-Initiative machen Sie sich oder jemand anderem eine Freude. Gleichzeitig leisten Sie einen wertvollen Beitrag zum Erhalt unserer einmaligen Alpenlandschaft: www.alpen-shop.ch

- 1. Grüne Initiative
- 2. Ehemalige Präsidentin der GRÜNEN Schweiz (2 Wörter)
- 3. Sie betrifft die AHV-21-Vorlage besonders.
- 4. Ständerätin im Trio der Wahlkampfleitung (2 Wörter)
- 5. In welcher Stadt engagiert sich Marius Diserens im Gemeinderat?
- 6. Seit dem 1. Juli können gleichgeschlechtliche Paare...
- 7. Raphaël Mahaim und Natalie Imboden sind neu zur Grünen Fraktion gestossen. Nur wo?
- 8. Sie soll dank der Massentierhaltungsinitiative auch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung respektiert werden.
- 9. Die GRÜNEN Schweiz feiern 2023 Geburtstag. Wie alt werden sie?

Reichen Sie Ihr Lösungswort ein und gewinnen Sie einen Gutschein im Wert von CHF 100 für den Alpen-Shop: www.gruene.ch/kreuzwortraetsel

Oder per Post an: GRÜNE Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern (inklusive Ihrem Namen und Adresse)

Lösungswort letzte Ausgabe: Europa Gewinnerin letzte Ausgabe: Sébastien Dizerens

Teilnahmeschluss: 1. Oktober

Mit Ihrer Teilnahme erlauben Sie den GRÜNEN Schweiz, Ihre Adresse bei uns abzuspeichern und Sie gegebenenfalls zu kontaktieren. Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der*die Gewinner*in wird schriftlich benachrichtigt Sein*ihr Name wird im nächsten Greenfo publiziert.



Ein grosser Tag für uns und für die Schweiz: Seit dem 1. Juli ist die Ehe für Alle Realität! Wir haben lange dafür gekämpft – Seite an Seite mit unzähligen engagierten Menschen. Deshalb war es ein besonders berührender Moment, am 2. Juli an der wunderschönen Hochzeit von meinem Fraktionskollegen Nicolas Walder und Jorge Cadena dabei zu sein. Endlich hat die Politik nachvollzogen, was in der Gesellschaft schon länger breit abgestützt war.

Die GRÜNEN waren aber auch aktiv an der Pride in Zürich und in Bulle mit dabei. Diese Anlässe zeigen unsere Einbettung in der Gesellschaft, unsere Kraft und Freude, aber wir wollen dabei nicht vergessen: Vieles bleibt noch zu tun für gesellschaftliche Akzeptanz, rechtliche Gleichstellung – und, was mich immer stärker beschäftigt: Für weltweite Solidarität! In vielen Ländern werden queere Lebensweisen immer mehr unterdrückt. Das verursacht unendliches Leid. Im Februar dieses Jahres haben wir an einem virtuellen Treffen des Netzwerks Green LGBTIQ* mit Ver-

treter*innen verschiedener Organisationen die aktuelle Situation in der Schweiz besprochen. Dabei hat sich gezeigt: Wir müssen nach wie vor zusammenstehen für die rechtliche Gleichstellung, die Anerkennung und das Respektieren unserer Lebenswelten. Angesprochen wurden etwa mangeInde Angebote auf dem Land, fehlende Sensibilisierung auf Ämtern oder bei der Polizei und in mehreren Gesprächsgruppen war die Schule und die Schulumgebung ein Thema. Dabei zeigte sich, dass nicht primär die Verankerung im Lehrplan fehlt, sondern der Umgang im Klassenzimmer, vor

allem aber auf dem Pausenplatz, ein grosses Problem ist.

Bleiben wir dran: Bei einem Treffen des Netzwerks im September (siehe Kasten) und dem Austausch in der Arbeitsgruppe LGBTIQ* der GRÜNEN. Dort vertiefen wir die Themen, verfolgen den parlamentarischen Prozess und diskutieren, welche Themen GRÜNE kantonal oder kommunal anstossen sollten. Wir machen dies in enger Absprache mit den Fachverbänden und auch hier gilt: Je mehr Personen mitmachen, desto kraftvoller können wir wirken!





Michael Töngi Nationalrat LU mtoengi

- ▲ Pride 2022 in Bulle.
- ◆ Frisch verheiratet: Nicolas Walder und Jorge Cadena verlassen gemeinsam das Standesamt in Carouge.

Alle Infos zum nächsten Treffen des Netzwerks Green LGBTIQ+



10 GREENFO 02/2022 GREENFO 03/2022



Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich eines Tages in der Politik tätig sein würde. Mittlerweile gehöre ich zu einer Avantgarde von queeren Politiker*innen in der Schweiz. Mit 26 Jahren wurde ich in den Gemeinderat von Nyon gewählt. Ein Zufall ist mein politisches Engagement nicht.

Meine nicht-heteronormative Identität hat mich zum Aktivisten gemacht, noch bevor ich selbst realisiert habe, was Queersein auch bedeutet: Dass ich vermehrt Gewalt ausgesetzt bin, dass meine Fähigkeiten ständig hinterfragt werden, dass mir mein Platz in der Gesellschaft abgesprochen wird. Heute ist meine Antwort darauf klar: kämpferisches Engagement – im Gemeinderat und auf anderen Bühnen.

Im Zentrum meines Aktivismus steht das tiefe Verlangen nach Gerechtigkeit und nach Respekt. Bei Diskriminierung und Willkür kann ich nicht einfach zusehen. Darum erhebe ich meine Stimme – online und in den gedruckten Medien – z.B. gegen die sexistische Werbung von verschiedenen Lebensmittelriesen. In meinem Master in Geschlechterforschung befasse ich mich zudem mit den Lebensrealitäten der am wenigsten sichtbaren – und gleichzeitig am verletzlichsten – Mitgliedern der LGBTIQ+Community, allen voran rassifizierten

und/oder als «verweiblicht» angesehenen LGBTIQ+ Menschen.

Vom queer-feministischen und antikapitalistischen Online-Aktivismus bin ich schliesslich auf die Politik gekommen – eine neue Herausforderung. Da für mich von Anfang an klar war, dass – egal welche – Politik nur Sinn macht, wenn sie sich auch für unser aller Lebensgrundlage – die Erde – einsetzt, habe ich mich für die GRÜNEN entschieden. Im Parlament bin ich Teil von drei verschiedenen Kommissionen. Meinen Platz habe ich mir mehr als verdient: Mit harter Arbeit, Fachwissen und einem Willen dazuzulernen.

Nach einem Jahr im Gemeinderat darf ich mich über die ersten Erfolge freuen: Die Schaffung eines Energiebeauftragten für Nyon, ein Aktionsplan für eine grössere Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum (z.B. Strassennamen), die Bekämpfung an Tagesschulen von chemischen Substanzen, welche den Hormonhaushalt von Kindern stören.

Schliesslich ist Nyon dank einem weiteren Postulat von mir auf bestem Weg, sich dem «Rainbow Cities Network» anzuschliessen und so die LGBTIQ+ Rechte besser zu schützen.

Ich mache Politik aus Überzeugung: Für ein Gesundheitssystem, das allen offensteht. Für mehr soziale Gerechtigkeit. Für eine Schweiz, in der sich jeder Mensch in Sicherheit fühlen kann. Für ein Asylsystem, das das die Menschlichkeit ins Zentrum rückt. Für eine solidarische Bekämpfung der Klimakrise

Schlussendlich sind es die Menschen, die die Politik ausmachen. Darum: Machen wir die Politik diverser, wählen wir Menschen, die sich für eine gerechte und solidarischere Welt einsetzen, und verändern wir so die Politik. Denn obwohl wir GRÜNE auf ganz verschiedenen Bühnen für unsere Überzeugungen einstehen, wissen wir alle: Den Wandel schaffen wir nur gemeinsam.

WIR SIND GRÜN!

In dieser Rubrik wird in jeder Greenfo-Ausgabe eine engagierte Person aus dem Umfeld der GRÜNEN ins Zentrum gerückt. Wir zeigen die zahlreichen vielfältigen und engagierten Gesichter der grünen Bewegung.

Marius Diserens Gemeinderat Nyon a marius.diserens

17 GREENFO 03/2022